

7 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Meine Damen und Herren, auf unserer Gemeinderatssitzungssaaluhr ist es jetzt 12.21 Uhr. Wir beginnen mit der Fragestunde.

7.1 Frage 1: Auffahrwarnsystem für Straßenbahnen (GR Ing. Lohr, FPÖ an StR. Dr. Riegler, ÖVP)

Lohr:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat. Wir beschäftigen uns mit Auffahrwarnsystemen bei Straßenbahnen.

Im Dezember des Vorjahres ereignete sich in der Nähe des Hauptbahnhofs im Bereich Eggenberger Straße – Waagner-Biro-Straße ein Auffahrunfall zwischen zwei Straßenbahn-Garnituren der Holding Graz Linien. Dabei wurden vier Personen verletzt und an den beiden Garnituren entstand erheblicher Sachschaden, mehr als € 700.000. Eine Straßenbahn der Linie 7 musste aufgrund eines Haltesignales anhalten, wobei die nachkommende und bergauffahrende Straßenbahn auf das Vorderfahrzeug auffuhr. Der Lenker hat die stehende Garnitur aus unbekanntem Gründen übersehen.

Mit einem Bremsassistenzsystem, wie es nun auch bei neuen LKW ab 7,5 t vorgeschrieben ist, wäre ein solcher Unfall mit Sicherheit verhindert worden. Bei den neueren PKW gibt es bereits sehr kostengünstige Auffahrwarnsysteme. Allein mit Auffahrwarnsystemen könnte die Verkehrssicherheit wesentlich gehoben und derartige Unfälle mit Straßenbahnen verhindert werden.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklub nachstehende

Frage:

Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsstadtrat bereit, an die Holding Graz Linien heranzutreten, um die Erprobung bzw. in weiterer Folge auch den Einsatz solcher oder ähnlicher Systeme anzuregen?

Originaltext der Frage:

Am 23.12.2018 ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs im Bereich Eggenberger Straße – Waagner-Biro-Straße ein Auffahrunfall zwischen zwei Straßenbahn-Garnituren der Holding Graz Linien. Dabei wurden vier Personen verletzt und an den beiden Garnituren entstand schwerer Sachschaden (mehr als € 700.000,-). Eine Straßenbahn der Linie 7 musste aufgrund eines Haltesignales anhalten, wobei die nachkommende und bergauffahrende Straßenbahn auf das Vorderfahrzeug auffuhr. Der Lenker hat die stehende Garnitur aus unbekanntem Gründen übersehen.

Mit einem Bremsassistentensystem, wie es bei neuen LKW ab 7,5t vorgeschrieben ist, wäre ein solcher Unfall mit Sicherheit verhindert worden. Bei den neueren PKW gibt es bereits sehr kostengünstige Auffahrwarnsysteme. Allein mit Auffahrwarnsystemen könnte die Verkehrssicherheit wesentlich gehoben und derartige Unfälle mit Straßenbahnen verhindert werden.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklub nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie in Ihrer Eigenschaft als Beteiligungsstadtrat bereit, an die Holding Graz Linien heranzutreten, um die Erprobung bzw. in weiterer Folge auch den Einsatz solcher oder ähnlicher Systeme anzuregen?

StR. Dr. Riegler:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr. Um es ganz klar und deutlich gleich zu Beginn zu sagen, nichts ist uns wichtiger in der Holding Graz und bei den Graz Linien als die Sicherheit der Menschen. Daher unterstütze ich natürlich jegliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu vergrößern. Wir hatten ja zuletzt die Diskussion anlässlich einiger trauriger Unfälle in Wien, was die Abbiegeassistenzsysteme betrifft. Hier ist meine Bitte ganz klar an den Vorstand der Holding Graz gegangen, entsprechend auch zu prüfen, welche Maßnahmen hier unmittelbar möglich sind, ob da Nachrüstungen Sinn machen oder auf jeden Fall, dass man auch bei neuen Fahrzeugen entsprechende Extras im Sinne von Auffahrwarnsystemen einbaut. Was jetzt diese Sache hier betrifft, ganz klares Bekenntnis dazu. Ja, schauen wir uns an, wobei man zum konkreten Sachverhalt vielleicht noch sagen muss, dass der Selbstbehalt, den wir aus der Versicherung zahlen müssen, vergleichsweise noch ein relativ geringer ist. Das heißt, wir waren versichert. Das heißt, die beiden Straßenbahngarnituren, die hier beschädigt wurden, da war der Schaden durch die Versicherung gedeckt. Aber, wie gesagt, klares Bekenntnis, ja zu mehr Sicherheit.

GR Ing. Lohr:

Ich darf einmal dem Herrn Stadtrat danken, dass die Bereitschaft da ist, dieses Thema aufzunehmen. Sie haben es angesprochen, das betrifft Busse genauso wie Straßenbahnen, bei den einen die Abbiegesysteme, bei der Straßenbahn, habe ich gehört, gäbe es auch so Airbag-Systeme, die dann im Fall des Falles auslösen können,

also außen sozusagen um den Passanten, der gefährdet wäre, quasi vor dem Zusammenstoß mit der Straßenbahn zu verhindern. Es gibt eben die Auffahrwarnsysteme und, wie Sie gesagt haben, die Versicherung ist natürlich gut, aber noch besser ist, wenn sie gar nicht passiert. Ich würde noch einmal bitten und ich glaube, Sie werden das aufnehmen, dass Sie da beide Systeme vielleicht prüfen: entweder mit akustischen Warnsystemen oder dass gleich ein Airbag auslöst.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.25 Uhr).

**7.2 Frage 2: Strukturreform und Wiederaufnahme der Tätigkeit des Grazer Naturschutzbeirats
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meiner Frage geht es um den Naturschutzbeirat, nämlich um die Strukturreform und Wiederaufnahme der Tätigkeit des Naturschutzbeirates, den wir ja im Jahr 1999 auf Beschluss des Gemeinderates in Graz beschlossen haben und der sich der Information und Beratung der Mitglieder in allen die Stadt Graz betreffenden Angelegenheiten des Natur-, Umwelt- und Klimaschutz widmet, so steht es auch auf der Webseite der Stadt. Jetzt weiß ich schon, Herr Bürgermeister, dass das sehr schwierig war am Schluss mit dem Naturschutzbeirat, aber es wäre sehr wünschenswert, wenn wir hier wieder Sitzungen hätten. Die letzte Sitzung des Grazer Naturschutzbeirates fand nämlich am 8. 11. 2016 statt. Das sind immerhin 2 ½ Jahre, wo es keine Sitzung mehr gab und auf der Webseite ist aktuell zu lesen, aufgrund der vielfältigen Aufgabenbereiche im Natur-, Klima- und Umweltschutz arbeiten die NGOs nunmehr an einer Strukturverbesserung für den Grazer Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirat. Das ist richtig, es gab auch im März 2017 einen ersten Entwurf, der leider auf keine Zustimmung seitens der Stadt traf und seither gibt es keinen

Naturschutzbeirat und es herrscht sozusagen Funkstille. Es hat sich gerade in den letzten Monaten gezeigt, wie sehr der Naturschutzbeirat abgeht. Es sind z.B. in einigen Wäldern in der Stadt Graz Baumfällungen gewesen. Es gab die Baumfällungen im Stadtgebiet, im Augarten, im Stadtpark und da war es immer so, dass es dazu eine Präsentation gab seitens des zuständigen Mitarbeiters der Stadt im Ausschuss und es war auch immer sehr hilfreich für den Austausch und auch bei den geplanten Projekten, wie jetzt der Plabutschgondel, wäre es wahrscheinlich gut, wenn man da eine Beratung hätte. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wann können wir mit den Ergebnissen der angekündigten Strukturreform und mit einer Wiederaufnahme der Tätigkeit des künftigen Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirats rechnen?

Originaltext der Frage:

Am 8. April 1999 wurde das Statut mit dem Titel „Grundsätze der Zusammenarbeit im Naturschutzbeirat der Stadt Graz“ verabschiedet. In ihm sind die Zusammensetzung des Beirats, sein Zweck, die Sitzungsfrequenz sowie die Bestimmungen für die Beschlussfassung von Empfehlungen festgehalten: „Der Naturschutzbeirat dient der Information und Beratung der Mitglieder in allen die Stadt Graz betreffenden Angelegenheiten des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes“, heißt es in diesem Statut und auf der Website der Stadt Graz.

Die Praxis sieht leider völlig anders aus. Die letzte Sitzung des Grazer Naturschutzbeirates war am 8. November 2016, das bedeutet, dass in der laufenden Gemeinderatsperiode und somit seit fast 2,5 Jahren keine einzige Sitzung des Naturschutzbeirats stattgefunden hat.

Auf www.graz.at ist folgende Information zu finden: „Aufgrund der vielfältigen Aufgabenbereiche im Natur-, Klima- und Umweltschutz arbeiten die NGOs nunmehr an einer Strukturverbesserung für den „Grazer Natur-, Klima- und Umweltschutzbeirat“. Tatsache ist jedoch, dass ein erstes, von namhaften NGOs und der Umweltschützerin des Landes Steiermark ausgearbeitetes Konzept von Ihrer Seite leider keine Zustimmung fand. Seither herrscht sozusagen Funkstille.

Wie sehr der Naturschutzbeirat als Plattform für den Informationsfluss und Austausch zwischen NGOs, engagierten BürgerInnen und der städtischen Verwaltung fehlt, zeigt sich dieser Tage bei Baumfällungen im Grazer Stadtgebiet und hier wiederum besonders bei Stadtpark und Augarten, aber auch bei den unzähligen Anfragen zu forstlichen Maßnahmen in den städtischen Wäldern. Äußerst wünschenswert wäre auch ein beratendes Mitwirken eines solchen Beirats bei geplanten Projekten mit so massiven Auswirkungen auf die Natur wie z.B. bei der Plabutschgondel.

Gerade angesichts der großen Herausforderungen in den zentralen Beiratsthemen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind eine rasche Wiederaufnahme der strukturellen Beratungen mit den NGOs, eine Einigung über die Zusammensetzung des künftigen Beirats und eine ehebaldige Einberufung einer Sitzung mehr als dringlich.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wann können wir mit den Ergebnissen der angekündigten Strukturreform und mit einer Wiederaufnahme der Tätigkeit des künftigen Natur-, Klima und Umweltschutzbeirats rechnen?

Bgm. Nagl:

Geschätzte Frau Gemeinderätin, das Statut des Naturschutzbeirates wurde 1999 als freiwillige und rechtlich nicht bindende Niederschrift zwischen dem damaligen

Bürgermeister Alfred Stingl und einigen Mitgliedern der NGOs erstellt. Einen Beschluss des Gemeinderates für die Installierung eines Naturschutzbeirates für die Stadt hat es zu keiner Zeit gegeben, zumal hier auch die Rechtsgrundlage fehlt. Dennoch habe ich den Naturschutzbeirat als Diskussionsplattform fortgeführt. Ich durfte ja schon in der Zeit unter Alfred Stingl auch für die Liegenschaften zuständig sein und war damit auch in den ersten fünf Jahre als Stadtrat fast immer bei diesen Beiratssitzungen anwesend. Selbstverständlich habe ich diese auch über die vielen Jahre, bis zum Jahr 2016, geleitet. Wie Sie persönlich selber wissen, Sie waren ja auch eine der wenigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die an dieser Sitzung in den letzten Jahren noch teilgenommen haben, um diesen direkten Informationsaustausch zwischen NGOs und der Stadt Graz zu ermöglichen. Die Sitzungen wurden bedauerlicherweise seitens der NGOs im Laufe der Jahre nicht mehr als konstruktive Informationsplattform für den Naturschutz gesehen, sondern vielmehr als Raum für teils unfreundliche Oppositionspolitik missverstanden, getragen von unter der Gürtellinie befindlichen verbalen Äußerungen. Diese Gegebenheit, welche fernab von konstruktiver Kritik zu werten ist, stellt sowohl für mich als Bürgermeister aber auch für die teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen und der Holding keine zukunftsweisende Möglichkeit der Zusammenarbeit mehr dar und ich habe vermehrt auch darauf in diesem Gremium hingewiesen, wenngleich man sich seitens der Stadt für ernsthafte und wertschätzende Diskussionen stets offen zeigt. Ich habe den NGOs trotz aller Widrigkeiten die Hand gereicht und Möglichkeiten für eine Neustrukturierung angeboten. Auch habe ich eine Erweiterung vorgeschlagen. Das von den NGOs vorgelegte Konzept, das größtenteils in Abstimmung mit der Abteilung für Grünraum und Gewässer ausgearbeitet wurde, musste der vehementen Forderungen einzelner NGOs für ihre Expertise und freiwillige Teilnahme am Naturschutzbeirat ein Entgelt zu erhalten, aufgegeben werden, weil ich ihnen immer wieder gesagt habe, dass alle Beiräte der Stadt Graz auf einer ehrenamtlichen Basis arbeiten und nicht bezahlt werden. Ich darf einfach dazu sagen, dass fast keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch fast keine Gemeinderäte und ich selbst auch nicht mehr, an dieser Sitzung aufgrund des Klimas, das wir dort vorgefunden haben, teilnehmen wollten und

ich beabsichtige auch in keinster Weise, einen solchen Beirat mit dieser Zusammensetzung wieder ins Leben zu rufen und möchte auch sehr deutlich sagen, dass wenn eine Vorsitzende des Beirats sich gemeinsam mit dem Herrn Nationalrat Pilz und anderen Persönlichkeiten in einer Pressekonferenz als Gastgeberin wiederfindet, wo sie hohe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Energieversorgungsunternehmen, Politiker in und außer Dienst beschuldigt, bezichtigt, einreicht eine Untersuchung aufgrund von Projekten, die die Stadt Graz macht, bei der Staatsanwaltschaft, glaube ich, haben wir dort kein gutes Klima mehr. Zumindest sehe ich das so. Aus seelischen und gesundheitlichen Gründen möchte ich solchen Sitzungen auch schon gar nicht mehr beiwohnen und ich sage auch noch einmal dazu, dass diese unhaltbaren Gerüchte, die da verbreitet wurden, von der Staatsanwaltschaft Gott sei Dank auch gleich wieder eingestellt wurden. Weil da auch überhaupt nichts dran war, so kann man nicht miteinander arbeiten, da werden wir andere Wege finden.

Pavlovec-Meixner:

Natürlich gibt es eine Zusatzfrage. Ich frage mich nämlich, was die Alternative ist. Weil es sehr wohl so ist, dass ich das ja nicht erfinde, dass es diesen Bedarf gibt, sondern auch weiß von den Mitarbeitern, dass sie gerne den Austausch hätten. Jetzt frage ich mich, wie die Alternative aussieht und ob Sie bereit sind, auch ein Gespräch über diese neuen Wege mit interessierten Gemeinderätinnen, unter anderem mit mir, zu führen? Weil ich mich da wirklich intensiv damit beschäftigt habe und sich einiges geändert hat.

Nagl:

Ja, Frau Gemeinderätin, also ich werde diesen Beirat nicht mehr einberufen. Wir haben uns auch überlegt, wie wir den Kreis der Interessierten auch vergrößern können. Die Stadt Graz, insbesondere auch die Abteilung für Kommunikation und die Fachämter, gehen von einem anderen und großflächigeren Weg des Naturschutzes und der

Umweltinformationen aus. Indem über die Homepage, über soziale Medien, über die BIG, über örtliche Printmedien sowie Infoboxen auch wesentliche Inhalte transparent und vor allem zeitnah dargestellt werden. Selbstverständlich mit der jederzeitigen Möglichkeit auch für ein direktes Feedback der Grazerinnen und Grazer. Natur und Umweltschutz ist ja kein Exklusivgeschäft einzelner Gruppierungen, sondern betrifft uns alle in dieser Stadt, und die neue Natur- und Umweltschutzkommunikationsschiene ist somit als Einladung für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu sehen und so, wie es sich jetzt schon zeigt, wird die auch bestens angenommen und genutzt. Aber, wie gesagt, noch einmal ein klares Nein von meiner Seite zur Wiedereinrichtung dieses Naturschutzbeirates.

7.3 Frage 3: Schließung der Betriebsfeuerwehr LKH Graz II Standort West (GR Ehmman, SPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)

Ehmman:

Herr Bürgermeister, Herr Bürgermeisterstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, meine Damen und Herren im Gemeinderat, meine Damen und Herren auf der Galerie. Die Schließung der Betriebsfeuerwehr LKH Graz II Standort West beschäftigt uns durchaus, weil wir auch den Text bzw. die Anmerkungen des Landesfeuerwehrverbandes gelesen haben, die sich sehr kritisch mit dieser Thematik auseinandersetzen. Ich habe auch gehört, dass unser ehemaliger Branddirektor, kein Geringerer als Otto Widetschek, sich hier auch sehr kritisch geäußert hat dazu, diese Betriebsfeuerwehr zu schließen. Wir wissen ja auch vor dem Hintergrund, dass die Wache Eggenberg eingestellt wurde, dass sich die Anfahrtszeiten verlängert haben etc., dort aber auch mehr Materialien gelagert werden, mittlerweile auch die Pathologie zusätzlich gekommen ist und vieles mehr. Auch dieser Bericht setzt sich

damit intensiv auseinander und auch die Stadt, die eine Zuständigkeit hat bei der Zustimmung, stelle ich daher an dich, lieber Herr Bürgermeister, die

Frage:

Welche Schritte wurden von dir als zuständiger Feuerwehrreferent aufgrund der alarmierend-eindringlichen Warnungen durch den steirischen Landesfeuerwehrkommandanten in Hinblick auf die Auflassung der Betriebsfeuerwehr LKH Graz II Standort West gesetzt?

Originaltext der Frage:

Wie mittlerweile bekannt wurde, ist die Auflassung der Betriebsfeuerwehr LKH Graz II Standort West fixiert. Und das, obwohl kein Geringerer als sogar der steirische Landesfeuerwehrkommandant Reinhard Leichtfried eindringlich vor den Konsequenzen gewarnt hatte. Unter anderem, so der besorgniserregende Hinweis, habe sich das „Gefahrenpotenzial am Standort“ aufgrund gesteigener Bettenzahl und Chemikalien im Keller (Pathologie, Hausapotheke) deutlich erhöht; und durch die Auflassung der Feuerwache Eggenberg der Berufsfeuerwehr Graz habe sich auch die Anfahrtszeit der Berufsfeuerwehr im Ernstfall auf zumindest sechs Minuten verdreifacht. Nicht auszudenken, was das bei einem Großbrand für PatientInnen und MitarbeiterInnen bedeuten könnte; ebenso ist nachvollziehbar, dass dadurch auch das Gefährdungspotential für die anrainende Bevölkerung steigt. Nicht zuletzt deshalb hatte der Landesfeuerwehrkommandant auch eindringlich appelliert, die Auflassung der Betriebsfeuerwehr noch einmal zu überdenken.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Frage:

Welche Schritte wurden von dir als zuständiger Feuerwehrreferent aufgrund der alarmierend-eindringlichen Warnungen durch den steirischen Landesfeuerwehrkommandanten in Hinblick auf die Auflassung der Betriebsfeuerwehr LKH Graz II Standort West gesetzt?

Nagl:

Geschätzter Herr Klubobmann, das Verfahren über die Auflösung einer von dir genannten Betriebsfeuerwehr, wir haben ja viele in der Stadt Graz, wurde aufgrund eines diesbezüglichen Antrages des Krankenhausbetreibers eingeleitet. Dabei wurde die Erforderlichkeit des relevanten Auflagenpunktes 9 des Baubescheides, ist eine Betriebsfeuerwehr mit Ortsfesten Brandschutzeinrichtungen nach den Richtlinien des ÖBFV aufzustellen, sowohl durch ein Privatgutachten als auch durch ein Gutachten eines Amtssachverständigen für den vorbeugenden Brandschutz der Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr eingehend geprüft. Beide Gutachten kamen zum Ergebnis, dass im Bereich des LKH West keine Betriebsfeuerwehr mehr erforderlich ist. Im Gutachten sind unter anderem viele Begründungspunkte zu entnehmen. Ich darf dir die geben. Wenn ich es zusammenfasse, ist es schon fast eine Seite. Darüber hinaus wird noch darauf hingewiesen, dass im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder nach Fertigstellung des derzeit stattfindenden Umbaus mit einer Erweiterung auf 350 Betten auch keine Betriebsfeuerwehr mehr vorgeschrieben wurde, da auch hier die Voraussetzungen des Vorliegens besonderer erschwerender Verhältnisse nicht gegeben sind. Das heißt, im Lichte dieses Verfahrensablaufes waren daher keine weiteren Schritte für mich als Bürgermeister auch in der Funktion als Feuerwehrreferent, respektive durch die zuständige Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr, erforderlich. Was heißt das im Konkreten? Das heißt, es gibt Behördenauflagen, dann musst du eine machen, wenn diese Behördenauflagen durch Gutachten auch dementsprechend eben belegt werden können, dass es auch anders

funktioniert, sieht man auch bei anderen Einrichtungen, dann kann ausgehend vom Wunsch des Betreibers, oder des Besitzers, der Liegenschaften oder der Gebäude eben der Antrag gestellt werden zur Auflösung. Es wird einfach nicht mehr von ihnen gemacht und da kann ich auch, wenn ich so sagen darf, keine politische Willkür walten lassen, sondern es ist einfach so, dass es Auflagen gibt. Wenn die nicht erfüllt sind, gibt es andere Brandschutzbestimmungen und die wurden sehr gut vorbereitet, sodass alle Gutachten zu dem Schluss kommen.

Ehmann:

Eine Anmerkung: Wir haben es trotzdem hinterfragt, ich glaube, dass das auch wichtig ist, weil eben der Landesfeuerwehrverband und auch andere ehemalige Branddirektoren etc. sich kritisch dazu geäußert haben und das hatte wohl seinen Grund, aber natürlich ist die technische Voraussetzung bzw. mit den Gutachten das offensichtlich hier belegt und du hast das auch seitens der Stadt prüfen lassen, das ist eh ok. Aber mir ist es ganz wichtig, das trotzdem anzusprechen, weil hoffentlich tritt der Fall nie ein, dass etwas passiert, etwas Ernsthaftes, aber wenn es passiert, sollte man es vorher angesprochen haben, dass hier für die Sicherheit vielleicht dort oder da auch mehr getan werden könnte. Danke.

Nagl:

Ich darf vielleicht gleich ein paar Anmerkungen dann schon machen. Das heißt, es wurde bei dem betreffenden Krankenhaus jetzt einmal festgestellt, dass aufgrund der Beschaffenheit und der Größe und der schweren Verhältnisse auch keine erhöhte Brandgefahr mehr vorliegt. Das Krankenhaus verfügt über technische Brandschutzeinrichtungen wie Brandmeldeanlagen, Sprinkler-Anlagen im mehrgeschossig offenen Eingangsbauteil, Wandhydranten-Anlagen, über bauliche Brandschutzmaßnahmen wie Brandabschnittsbildungen, über einen organisatorischen Brandschutzbeauftragten und Brandschutzwarte. Sie haben sich wirklich viel im Hause

angetan, die zum Zeitpunkt der Errichtung geltenden Brandschutzrichtlinien, die es gegeben hat, sehen gar keine Betriebsfeuerwehr vor. Das LKH West hat eben 246 Betten. Es sind die baulichen, technischen Brandschutzmaßnahmen entsprechend dieser Größe jetzt in ausreichendem Umfang vorhanden. Brandfrüherkennung wurde über die neuen automatischen Brandmeldeanlagen in Vollschutzausführungen geschaffen und, und, und. Sie haben sich wirklich viel angetan und ich denke mir, wenn auch unsere Feuerwehr und auch unsere Berufsfeuerwehr und die Gutachten jetzt sagen, dass es so gehen wird, hoffe ich das auch, dass niemals ein Fall eintritt, aber ich denke, dass man auch unserer Berufsfeuerwehr, die wir in Graz haben, die auch wirklich sehr schnell vor Ort ist, da durchaus nicht misstrauen sollte, sondern ich glaube, die werden das gut machen und sind jetzt auch technisch, wie gesagt, hochgerüstet. Ich kann eigentlich nicht mehr dazu sagen, wenn es nicht Auflage ist und der Eigentümer nicht will, können wir auch nicht weiter.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.40 Uhr).

7.4 Frage 4: Scooter-Sharing Rahmenbedingungen (GR Swatek, BSc, Neos an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, ich darf heute eine Frage an Sie stellen, die E-Scooter und vor allem E-Scooter-Sharing-Dienste betrifft. Diese Sharing-Dienste, die wir ja aus Wien bereits kennen, man geht wo hin und sieht einen E-Scooter, schaltet den mit seiner App am Handy frei, fährt mit dem durch die Gegend zu seinem Ziel und lässt den Scooter dann dort stehen und bezahlt dann einfach digital, drängen immer weiter auch in andere Städte und sie bürgen für viele Städte viel Potential, weil man

damit das Problem der letzten Meile lösen könnte. Also die letzte Wegstrecke, die zu kurz ist für den öffentlichen Verkehr, aber gerade noch zu lange, dass man sie zu Fuß gehen würde. Aber es ist auch ein guter Lösungsansatz, um Lücken im öffentlichen Verkehr zu schließen oder um Lücken zum öffentlichen Verkehr zu schließen. Birgt aber auch mögliche Risiken in sich. Die meisten von Ihnen kennen wahrscheinlich aus der internationalen Presse, Los Angeles, chaotische Bilder, wo E-Scooter zu Hauf auf irgendwelchen Plätzen herumliegen oder teilweise sogar in Flüsse geworfen werden. Jetzt ist es so, dass in Graz bereits zwei diese E-Scooter angekündigt haben, diesen Sommer in Graz ihre Dienste anzubieten. Einer davon macht bereits auf Social Media Werbung, dass man sich aktiv schon in die App einträgt, damit man, wenn die Scooter dann auch hier stehen, auch nutzen kann. Im Juni des letzten Jahres habe ich schon einen Antrag gestellt, dass man Rahmenbedingungen seitens der Stadt ausarbeitet und dass man vor allem auf Unternehmen aktiv zugeht und mit denen Gespräche führt und sie auch nach Graz einlädt, um die Vorteile hier auch zu nutzen und da diese E-Scooter-Anbieter jetzt hier scheinbar schon an unsere Tür klopfen, wäre es natürlich klug, wenn man schon Rahmenbedingungen hätte, damit bei uns keine chaotischen Szenen entstehen wie in vielen anderen Städten. Daher meine

Frage

an Sie, Frau Stadträtin:

Gibt es seitens der Stadt Graz für Anbieter von E-Sharing-Diensten klare Rahmenbedingungen?

Originaltext der Frage:

E-Scooter-Sharing-Angebote bergen für Städte viel Potenzial, aber auch Risiken in sich. Potenzial, da sie eine Lösung für das Problem der „letzten Meile“ sein können, bei dem die Wegstrecke zu kurz für einen effizienten öffentlichen Verkehr ist, aber zu lange zum

Gehen ist. Weiters können sie weitere Distanzen zum öffentlichen Verkehr bzw. Lücken im öffentlichen Verkehr schließen. E-Sharing-Angebote können bei fehlenden Rahmenbedingungen seitens der Städte allerdings auch zu einigen Problemen führen. Dazu zählen unter anderem das falsche Abstellen von Scootern auf Fußgängerwegen, die diese blockieren.

In Graz haben zwei E-Scooter-Anbieter für dieses Jahr den Start ihrer Dienste angekündigt. Dazu zählen das Unternehmen "Tier", welches bereits in Wien aktiv ist und für den Standort Graz einen "City Manager" sucht, aber auch der Anbieter "VOI Scooters", der auf Social Media bereits für die ersten Kunden wirbt.

Im Juni letzten Jahres hat der Grazer Gemeinderat einen Antrag meinerseits angenommen, der unter anderem die Erstellung von Rahmenbedingungen für eine geordnete Nutzung von Sharing Diensten in Graz vorsieht. In der Diskussion zum Antrag stellte sich heraus, dass eine Erarbeitung klarer Rahmenbedingungen in der Steuerungsgruppe Holding am besten angesiedelt wäre. Rahmenbedingungen, die dieses Jahr bereits von Nöten sein könnten.

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr,

gibt es seitens der Stadt Graz für Anbieter von E-Sharing-Diensten klare Rahmenbedingungen?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Danke für Ihre Anfrage. Chaotische Zustände wird es in Graz nicht geben. Das haben wir damals, wenn Sie sich noch erinnern, auch im Zusammenhang, wo die Firma O-Bike bei uns ja auch angeklopft hat bezüglich des Freefloting-Systems, geschafft, sozusagen hier gute Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die dazu auch geführt haben, dass viele andere Städte in Österreich sozusagen das übernommen haben, damit es eben nicht dazu kommt. Das heißt, nicht mehr und nicht weniger, dass oft voreiliger Gehorsam oder sozusagen Auftreten da

nicht gut ist und selbstverständlich, ja, es gibt klare Rahmenbedingungen. Für die Nutzung am öffentlichen Gut ist ein Vertrag mit dem Straßenamt hier abzuschließen, der im Wesentlichen Folgendes regelt: die Gebühr für die Nutzung des öffentlichen Gutes für die Abstellanlagen, die Regelung für nicht sachgemäßes Abstellen bei den Standorten und Kautions pro Fahrzeug und auch noch vielleicht einige andere Punkte. Seit November, wie Sie vollkommen richtig sagen, gibt es viele E-Scooter-Betreiber, die bei uns angeklopft haben. Sie haben nicht nur angeklopft, sondern unsere Kolleginnen im Verkehrsplanungsamt und Straßenamt haben sich auch mit diesen Betreibern zusammengesetzt. In Summe waren es acht sogar, acht BetreiberInnen, und wir sind jetzt, ich bin mit meinen beiden Ämtern so verblieben, dass wir jetzt uns die Erfahrungen aus anderen Städten ansehen, uns mit diesen Städten auch austauschen. Wir wollen auch die Erkenntnisse und die Erfahrungen bezüglich Sicherheit, das Verhalten der NutzerInnen im Straßenverkehr und die Nutzung auch des öffentlichen Guts, wie z.B. sachgemäßes Abstellen, auch anschauen. Diese Erfahrungen auch dann bei der Rückmeldung an die Betreiber einfließen lassen und letztendlich in die Rahmenbedingungen. Deshalb ist die Vorgehensweise jetzt so, es wird hier bald ein Treffen im Rahmen des Städtebundes im Verkehrsausschuss genau zu diesem Thema geben. Da werden unsere Kolleginnen im Straßenamt und auch Verkehrsplanung teilnehmen. Diese Erkenntnisse werden wir noch einmal dann uns anschauen und die Rahmenbedingungen auf das hin noch einmal überprüfen und dann werden wir mit diesem Ergebnis an die Betreiber herantreten und im Verkehrsausschuss darüber alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch informieren. Ich gehe davon aus, dass das im Mai/Juni so weit sein wird.

Swatek:

Vielen Dank für die Information, freut mich zu hören, dass man hier scheinbar schon so weit ist, dass man klar vor hat einen Vertrag mit den Unternehmen abzuschließen. Jetzt haben Sie Mai/Juni gesagt, ist das schon auch der Zeitpunkt, ab dem man rechnen

könnte, dass die ersten Scooter auf der Straße stehen oder verzögert sich das noch weiter, wenn wir im Mai erst im Verkehrsausschuss drüber reden?

Kahr:

Ich bin nie eine große Freundin von punktgenauen Terminen, das wird genau am soundsovielten sein, weil es natürlich auch von den BetreiberInnen abhängt. Weil, wie wir wissen, wir haben die Rahmenbedingungen auch bei O-Bike ganz klar festgelegt, auch informiert, dann den Betreiber informiert und der hat sich dann eigentlich nicht mehr gemeldet. Es ist ja nicht gesagt, dass diese Rahmenbedingungen dann für die Betreiberinnen und Betreiber dann so passen. Insofern kann man das nicht punktgenau sagen. Aber ich denke, nachdem das Interesse groß sein wird und das ja durchaus auch, wie Sie richtig angeführt haben im Motivenbericht, ja auch ein Interesse und auch durchaus in unserem Sinne ist, sofern, wie gesagt, die Mobilitätsziele im Sinne des Umweltverbundes auch erfüllt werden, wird es, so denke ich, dazu kommen.

Nagl:

Der Gemeinderat hofft, so glaube ich, auch darauf, dass wir das Jahr 2019 meinen mit Mai und Juni.

Kahr:

Selbstverständlich.

**7.5 Frage 5: Maßnahmen gegen die Krätzmilbe (Skabies)
(GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ MBA Med. Kopera, ÖVP an Mag. Krotzer, KPÖ)**

Kopera:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer, lieber Robert. Meine Frage betrifft eine Hauterkrankung, die Skabies. Das ist ein Befall der Haut mit der Krätzmilbe. Krätzmilben sind mikroskopisch kleine Spinnentierchen, die den Menschen als Wirt brauchen, um selbst überleben zu können. Die weiblichen Tiere bohren sich in die Haut und in den oberen Hautschichten legen sie ihre Eier ab und das verursacht quälenden Juckreiz und die Übertragung erfolgt durch Körperkontakt, kann aber auch bei einem innigen Händedruck erfolgen. Wir haben beobachtet in den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres, dass wir jetzt schon ungefähr zehnmal so viele von Skabies befallene Patienten an der Hautklinik hatten. Derzeit, das ging auch durch die Medien, werden praktische Ärzte, Allgemeinmediziner und Fachärzte für Dermatologie von Skabies-Patienten überschwemmt. An sich gibt es wirksame Lokalthérapeutika in der modernen Medizin, die aber nach einem sehr genauen Schema angewandt werden müssen; damit es nicht zu einer „Ping-Pong-Ansteckung“ kommt, müssen alle Personen, die in einem Haushalt leben, behandelt werden, gleichzeitig behandelt werden und das wird zum Großteil nicht richtig durchgeführt. Es betrifft diese Epidemie, kann man fast sagen, bereits alle Bevölkerungsschichten, obwohl diese Erkrankung in Ländern mit hohen Hygienestandards eigentlich in den letzten 20 Jahren nur mehr bei wirklich verwahrlosten Gesellschaftsmitgliedern vorgekommen ist. Erlaube mir jetzt bitte meine

Frage:

„Was hast du bisher in Bezug auf Skabies unternommen bzw. bist du bereit, mit den zuständigen Stellen eine Skabies-Strategie für die Stadt Graz zu erarbeiten und dem

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit im April dieses Jahres die erarbeiteten Ergebnisse vorzulegen?“

Originaltext der Frage:

Der Befall der Haut mit der Krätzmilbe (Skabies) ist eine Erkrankung, die in unseren Breitenkreisen eigentlich nicht mehr auftritt. Aus ungeklärten Gründen erleben wir aber seit rd. 6 Monaten eine wahre Epidemie dieser ansteckenden Hauterkrankung.

An sich gibt es wirksame Lokaltherapeutika, deren Anwendung aber konsequent nach Anleitung erfolgen muss – dies an allen in einem Haushalt bzw. in einer Wohngemeinschaft lebenden Personen – ansonsten kommt es zu einer „Ping-Pong-Ansteckung“.

Mittlerweile betrifft Skabies alle Bevölkerungsschichten.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Gesundheitsstadtrat, die

Frage:

„Was hast du bisher in Bezug auf Skabies unternommen bzw. bist du bereit, mit den zuständigen Stellen eine Skabies-Strategie für die Stadt Graz zu erarbeiten und dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit im April die erarbeiteten Ergebnisse vorzulegen?“

StR. Mag. **Krotzer:**

Liebe Frau Dr. Kopera, liebe Daisy, vielen Dank für die Frage. Ich habe gemerkt, bei der Formulierung der Frage hat es vielleicht den einen oder anderen gejuckt, so geht es uns im Büro auch manchmal, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen. Die Krätzmilbe ist ein Problem gegenwärtig, aber auch in der Vergangenheit. Ich habe mir auch noch einmal die Zahlen der Kleinen Zeitung vom 6.2.2019 angesehen, wo man im Jahr 2016 auch über 400 Personen an der Derma-Ambulanz am LKH-Universitätsklinikum gehabt

hat. Nichtsdestotrotz gibt es in den vergangenen Wochen und Monaten eine ungewöhnliche Häufung an Skabies Fällen, die ja nicht nur für die betroffenen Personen eine äußerst unangenehme und schmerzhafteste Angelegenheit sind, sondern die auch die Gesundheitseinrichtungen in der Stadt Graz vor große Herausforderungen stellen. Im Einzelnen nun zu deiner Frage, was ich bzw. insbesondere das Gesundheitsamt in Bezug auf Skabies bisher unternommen haben. Vom Gesundheitsamt der Stadt Graz ist Aufklärungsmaterial in Zusammenarbeit mit dem Schulärztlichen Dienst des Jugendamtes erstellt worden und an die Schulen und Kindergärten sowie an weitere Gemeinschaftseinrichtungen versandt worden. Wir haben auch dieses Informationsblatt, das ich dir auch gleich übergeben darf, das wir natürlich auch auf der Homepage der Stadt Graz haben, und das natürlich auch in Form von Presseaussendungen an die Bevölkerung gebracht bzw. ist dankbarerweise auch von den Medien darüber berichtet worden. Das Gesundheitsamt führt eine ganze Reihe an telefonischen Beratungen statt. Ich bin auch selbst in Kontakt mit Schulen bzw. Kindergärten, die damit konfrontiert sind, sowie auch mit behandelnden Medizinerinnen. Wir haben regelmäßige Fälle von individueller Beratung zu Hause bei den betroffenen Familien durch die Desinfektoren des Gesundheitsamtes, die ja in der Dreihackengasse untergebracht sind. In der Desinfektionsanstalt finden auch Entwesungen von größeren Gegenständen statt sowie auch von den Desinfektoren Entwesungen in den Gemeinschaftseinrichtungen. Es gibt zugleich auch das Angebot vom Gesundheitsamt, ihr wart da ja auch schon in Kontakt, eh konkret du gemeinsam mit der Frau Dozentin Fink-Puches im September 2018, wo es ja auch schon mit der Frau Dr. Winter das Gespräch gegeben hat und die Zusage, dass schwierige Fälle jederzeit natürlich auch an das Gesundheitsamt verwiesen werden können. Natürlich vorausgesetzt, die Patienten sind damit einverstanden. Damit kommen wir nämlich zu einem weiteren Punkt in diesem Zusammenhang, nämlich die zuständigen Stellen, wie es bei dir formuliert ist. Anders wie etwa bei Masern, die uns ja auch in den letzten Monaten sehr heftig beschäftigt haben, handelt es sich bei Skabies ja nicht um eine meldepflichtige Erkrankung im Sinne des Epidemie Gesetzes. Was natürlich auch den Handlungsspielraum des Gesundheitsamtes in der Hinsicht deutlich einschränkt. Weil

das eben nicht gemeldet werden muss und das Gesundheitsamt rechtlich keine zuständige Stelle im engeren Sinn ist. Nichtsdestotrotz glaube ich, haben meine Ausführungen durchaus gezeigt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsamt hier sehr umfassend tätig sind. durch das Fehlen der Meldepflicht ist es allerdings so, uns liegen die Daten nicht vor, das heißt, wir können nicht aktiv auf die Personen, die diese Erkrankung haben, herantreten, sondern wir sind darauf angewiesen, dass die Personen sich an das Gesundheitsamt wenden. Wie gesagt, es gibt hier auch die Information deponiert, sowohl bei den entsprechenden medizinischen Einrichtungen sowie auch den Gemeinschaftseinrichtungen, dass man sich jederzeit an das Gesundheitsamt wenden kann. Was jetzt die Skabies-Strategie für die Stadt Graz betrifft, so glaube ich, gibt es die ganz einfach durch das Gesundheitsamt, durch das, was hier passiert. Was die Prävention betrifft, ist natürlich die Schwierigkeit, dass, wie du auch gesagt hast, hier das sehr umfassend vertreten ist, wir auch keine präventiven Empfehlungen geben können, im Sinne etwa, dass man bestimmte Örtlichkeiten meidet. Zugleich auch durch das Fehlen der Meldepflicht ist natürlich auch nicht die Möglichkeit gegeben, hier Ausschluss von Beruf oder Schule auszusprechen. Ich habe noch einiges stehen, es leuchtet aber schon. In aller Kürze noch gesagt, es ist so, dass wir hier die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen. Natürlich gerne auch in Kooperation mit vielen anderen Einrichtungen. Du weißt aus deiner alltäglichen beruflichen Praxis noch viel besser als ich, dass wir hier kein regionales oder städtisches Spezifikum haben, sondern dass viele Städte und Länder Europas davon betroffen sind. Insofern müssen natürlich auch die Maßnahmen in ein größeres Ganzes eingebunden sein. Ich darf aber seitens auch der Frau Dr. Winter und der gesamten Leitung des Gesundheitsamtes noch einmal auch die Bereitschaft aussprechen, hier auch mit der Universitätsklinik für Dermatologie zusammenzuarbeiten, um hier zu weiteren Maßnahmen zu kommen und natürlich können wir auch bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Umwelt, und da ist ja auch deine Expertise, die sicher noch umfassender ist als meine, sicher gut, dass wir uns weiter darüber unterhalten.

Kopera:

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass aufgrund der starken Verbreitung das wirklich Dringlichkeit hat und man durchaus andenken kann, dass das Verteilen von Zetteln, die von Leuten nicht richtig verstanden werden und deshalb die Behandlung nicht richtig durchgeführt wird, man durchaus auch daran denken könnte, flächendeckend eine Behandlung mit einem systemischen Medikament durchzuführen. Wir haben ähnliche Zettel, die wir auch auf Türkisch und in Farsi und in allen möglichen Sprachen hergeben, aber es funktioniert leider nicht. Danke.

Nagl:

Ich darf, bevor ich den Vorsitz übergebe, gleich dem Gemeinderat vorschlagen, dass wir sowohl die Frage 6 als auch die Frage 12 jetzt gemeinsam an mich stellen lassen. Der Herr Gemeinderat Eber und Dreisiebner haben de facto mit ihren Fragen dieselbe Fragestellung, den selben Inhalt, deswegen würde ich das so vorschlagen, wenn alle einverstanden sind.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (13.00 Uhr).

**7.6 Frage 6: Ersatzflächen für den Styria-Park
(GR Eber, KPÖ an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Es geht um den Styria-Park. Wie Sie wissen, gehört ja gerade der nördliche Teil von Jakomini zu jenen Bereichen in der Stadt neben Lend und Gries, wo die Grünraumausstattung mangelhaft ist und wir uns da mehr wünschen würden. Nun ist es so, dass in der Vergangenheit

dort ja eine große Grünfläche war, die wurde leider dann verkauft. Die Styria im südlichen Bereich hat ja dort ihr Headquarter gebaut, worüber wir uns natürlich auch freuen und sie hat allerdings einen gültigen Bebauungsplan natürlich auch für den nördlicheren Bereich und solange der nicht genutzt wird, hat die Stadt Graz einen Vertrag abgeschlossen, um sozusagen für eine Zwischennutzung hier einen Park für die Bevölkerung herzustellen und zu betreiben. Nun ist es leider so, dass seitens der Styria dieser Vertrag bereits aufgekündigt wurde. Meine Befürchtung ist natürlich, nachdem es diesen gültigen Bebauungsplan gibt, dass die da jetzt ein Interesse haben zu bauen. Meine

Frage

lautet daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Welche konkreten Flächen in unmittelbarer Nähe des Styria-Parks sind im Rahmen der Grünraumoffensive als Ersatz vorgesehen?

Originaltext der Frage 6:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der "Styria-Park" in Jakomini wurde von der Stadt Graz für 10 Jahre angemietet, die reguläre Laufzeit endet im Jahr 2025.

Nunmehr wurde der Vertrag von Seiten der Styria aufgekündigt, die über einen rechtsgültigen Bebauungsplan für dieses Gebiet verfügt. Das bedeutet, dass mit Ende Juni 2019 der Park, der sich im Anfangsstadium hinsichtlich des Bewuchses mit Sträuchern und Bäumchen befindet, zurückgegeben werden muss und - aller Voraussicht nach - schon bald bebaut werden wird.

Daher darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Frage richten:

Frage:

Welche konkreten Flächen in unmittelbarer Nähe des Styria-Parks sind im Rahmen der Grünraumoffensive als Ersatz vorgesehen?

**7.7 Frage 12: Grünraum-Defizit Jakomini-Nord
(GR Dreisiebner, Grüne an Bgm. Mag. Nagl, ÖVP)**

Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuseherInnengalerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich mache es relativ kurz. Ich möchte zu dem, was der Kollege Eber schon ausgeführt hat nur einleitend sagen, dass es ja schon Anfang Dezember einen einstimmigen Bezirksratsbeschluss des Bezirksrates Jakomini gegeben hat, der unter anderem die Frage, die Kollege Eber und ich an Sie stellen, schon aufgeworfen hat. In diesem Sinne meine spezielle

Frage:

Nachdem jetzt drei Monate vergangen sind und der Herr Strobl auch an mich herangetreten ist, ich möge aktiv werden, was ich hiermit tue, liebe Grüße an den Herrn Strobl, den Bezirksrat von Jakomini:

Welche Maßnahmen im Sinne des einstimmigen Beschlusses des Bezirksrat Jakomini vom Dezember 2018 haben Sie in den vergangenen drei Monaten bereits gesetzt bzw. welche beabsichtigen Sie in der nächsten Zeit noch setzen, um dem im Antrag formulierten dringenden Wunsch des Bezirksrats und den vitalen Bedürfnissen der Bezirksbevölkerung nach mehr Grünraum im Bezirksteil Jakomini-Nord nachzukommen? Vielen Dank.

Originaltext der Frage 12:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der Vertrag über die öffentlich nutzbare Grünfläche Styria-Park wurde im Herbst vergangenen Jahres durch die derzeitige Eigentümerin einseitig aufgelöst. Laut den der Öffentlichkeit derzeit zur Verfügung stehenden Informationen soll die Fläche veräußert und anschließend aller Wahrscheinlichkeit nach mit Wohnhäusern bebaut werden.

Der Bezirksrat Jakomini hat in seiner Sitzung am 03.12.2018 einen "Gemeinsamen Antrag" i.S. eines qualifizierten Widerspruchs (siehe Anhang) einstimmig verabschiedet, der u.a. zum Ziel hat, dass die Stadt Graz Maßnahmen setzt, um das bereits jetzt bestehende und nachgewiesene Grünraum-Defizit in Jakomini-Nord - das sich nach dem nun offensichtlich anstehenden Verlust dieser öffentlichen Grünanlage leider weiter verstärken wird - auszugleichen.

In diesem Sinne darf ich folgende Frage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, richten:

Welche Maßnahmen im Sinne des einstimmigen Beschlusses des Bezirksrat Jakomini vom Dezember 2018 haben Sie in den vergangenen drei Monaten bereits gesetzt bzw. welche beabsichtigen Sie, in der nächsten Zeit noch setzen, um dem im Antrag formulierten dringenden Wunsch des Bezirksrats und den vitalen Bedürfnissen der Bezirksbevölkerung nach mehr Grünraum im Bezirksteil Jakomini-Nord nachzukommen?

BR-Antrag (2)

einstimmig angenommen
14/0/0

GEMEINSAMER ANTRAG UND QUALIFIZIERTER WIDERSPRUCH BEZIRKSRAT JAKOMINI

ANTRAG UND QUALIFIZIERTER WIDERSPRUCH BEZIRKSRAT JAKOMINI

„Styria-/Jakominipark –
Unzulässiger Verkauf zum Zwecke der Wohnbebauung“

Bezirksratssitzung 03.12.2018

Im Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan A 14-K-900/2006-13 vom 23.06.2006 „Conrad von Hötzendorf-Straße-Obere Bahnstraße“ sind für das als Kerngebiet* mit einem Bebauungsgrad von 0,75 der Nettobauplatzfläche ausgewiesene Areal folgende Rahmenbedingungen fixiert:

Pkt.2.3 Räumliches Leibild - Der Messequadrant:

Im Zusammenhang mit der Dispositionsfläche – Sportklubplatz sind folgende Potentiale anzuführen:

- Bauliche Höhenentwicklung (Akzentsetzung) gegenüber der Stadthalle
- Erweiterung des bestehenden Messeplatzes
- Ergänzung des öffentlichen Stadtmobils
- Schaffung von Grünbereichen
- Ergänzung im Fußwegenetz
- Ausbau im Radwegenetz
- Durchgängigkeit in Richtung Messeplatz

Pkt.2.4 Das Grüne Netz: Maßnahmen – Strategien:

Die in dieser Studie vorgeschlagen Maßnahmen werden im Bebauungsplan zur Gänze berücksichtigt.

Kerngebiete, das sind Flächen mit einer im Vergleich zu anderen Baugebieten höheren Nutzungsvielfalt und Bebauungsdichte in entsprechender Verkehrslage, die **vornehmlich für bauliche Anlagen für*

- Erziehungs-, Bildungs- und sonstige kulturelle und soziale Zwecke,
- Handels- und Dienstleistungseinrichtungen,
- Hotels, Gast- und Vergnügungsstätten,
- Verwaltung und Büros

1

GEMEINSAMER ANTRAG UND QUALIFIZIERTER WIDERSPRUCH BEZIRKSRAT JAKOMINI

und dergleichen bestimmt sind, wobei auch Wohngebäude und Garagen sowie Betriebe zulässig sind. Sämtliche Nutzungen müssen sich der Eigenart des Kerngebietes entsprechend einordnen lassen und dürfen keine das ortsübliche Ausmaß übersteigenden Belästigungen in benachbarten Baugebieten verursachen.

Da Im Kaufvertrag BG 631 TZ 10029/2007 zwischen der Messe Center Graz und der MCG Immobilien GmbH ist undter Punkt 6.3 bzw. 6.4 folgendes fixiert:

Die Käuferin erwirbt den Kaufgegenstand primär deshalb weil die Styria Medien AG darauf ihr bislang in 8010 Graz, Schönaugasse 64, eingerichtetes Unternehmen ansiedeln wird.

Auf mindestens 40% der Nutzfläche des Kaufgegenstandes werden

- Konzernleitung regional
- Sitz Repräsentanz diverser Konzernunternehmungen
- Konferenz- und Repräsentationsräume
- Mediathek, Zeitungs-, Bild- und Bucharchive
- Raum-reserveflächen für kurz- bis mittelfristige Expansion
- Räumlichkeiten für sonstige Unternehmen, die in bzw. für obige(n) Geschäftsfelder tätig sind
angesiedelt.

Die verbleibende Nutzfläche bleibt der Errichtung von

- Räumlichkeiten für sonstige nach der derzeitigen Gebietsausweisung des Flächenwidmungsplanes zulässige Nutzungen (z.B. Kindergärten, Gastronomie, Handels- und Gewerbebetriebe, Nahversorgung) vorbehalten.

Der seitens der Styria Media AG nunmehr geplante Verkauf der derzeitigen „PARKANLAGE“ zum Zwecke der Wohnbebauung an einen Bauträger widerspricht sowohl des derzeit gültigen Bebauungsplanes als auch der im Kaufvertrag fixierten zulässigen Nutzung dieses Areals.



GEMEINSAMER ANTRAG UND QUALIFIZIERTER WIDERSPRUCH BEZIRKSRAT JAKOMINI

Die nachfolgenden Fraktionen des Bezirksrat Jakomini stellen daher in der Bezirksratssitzung vom 03.12.2018 in Ergänzung zum gemeinsamen Bezirksratsantrag vom 25.09.2018 „Aufkündigung Styriapark“ den

GEMEINSAMEN ANTRAG UND QUALIFIZIERTEN WIDERSPRUCH

gegen den unzulässigen Verkauf der Styria-/Parkanlage zum Zwecke der Wohnbebauung und aufgrund der Tatsache, dass eine Bebauung des restlichen Teilareals des ehemaligen Sportklubplatzes nicht nur den im Bebauungsplan fixierten Rahmenbedingungen zum Räumlichen Leitbild „Schaffung von Grünbereichen“ diametral widerspricht sondern ebenso den Bezirksinteressen, die zum Ziele haben, nicht die Verringerung sondern den Ausbau von öffentlich zugänglichen Park- und Freizeitanlagen, aufgrund der derzeitigen massiven Unterversorgung in einer Größenordnung von ca. 17,5 ha, zu erreichen.

- 1. Die zuständige Abteilung für Immobilien möge bitte auf Basis des rechtsgültigen Kaufvertrages die Styria Medien AG dahingehend schriftlich informieren, dass ein Verkauf des Teilareals, auf dem derzeit eine Parkanlage errichtet ist, nicht zum Zwecke der Wohnbebauung verkauft werden darf und diesbezüglich mit der Stadt Graz Verhandlungen aufzunehmen seien, um einen Kompromiss in Bezug auf die Erhaltung des Styria-/Jakominiparkes zu erzielen.*
- 2. Die zuständige Abteilung Stadtplanung dahingehend tätig wird, dass eine Neuauflage des Bebauungsplanes eingeleitet und ein städtebauliches Gutachten unter Einbeziehung der Abteilung Grünraum erstellt wird, da für den derzeitigen Bebauungsplan eine Wohnbebauung nicht vorgesehen und eine weitere Verringerung von öffentlich zugänglichen Parkraum auch dem Stadtentwicklungskonzept 4.0 bzw. der örtlichen Raumplanung widerspricht.*



GEMEINSAMER ANTRAG UND QUALIFIZIERTER WIDERSPRUCH BEZIRKSRAT JAKOMINI

3. Der Gemeinderat der Stadt Graz sich mit der Causa „Styria-/Jakominipark“ beschäftigt und entsprechende Beschlüsse zum Zwecke der Erhaltung der Styria-/Jakominiparkanlage fasst.

Der Bezirksrat Jakomini bittet um Rückinformation seitens der zuständigen Abteilungen Immobilien, Stadtplanung und Grünraum über die eingeleiteten Maßnahmen bzw. Aktivitäten zur Erhaltung der derzeit öffentlich zugänglichen Styria-/Jakominiparkanlage .

Für die Bezirksratsfraktionen:

für die Bezirksratsfraktion ÖVP

für die Bezirksratsfraktion KPÖ

 (Strassl Christian)

für die Bezirksfraktion SPÖ



für die Bezirksfraktion Die Grünen



FPÖ 
(Björn Aigner)

für die Bezirksfraktion NEOS



Graz, den 03.12.2018

Bgm. Nagl:

Kurz zur Historie, weil es angeschnitten wurde, ich kann mich gut erinnern, als vor vielen, vielen Jahren der Grazer Sportklub noch dort seine Fußballfläche hatte. Über den Zustand des Sportplatzes will ich mich nicht zu sehr ausbreiten, aber eines war klar, es war in keinster Weise ein besonders gut genutzter Grünraum. Es war in erster Linie ein Parkplatz für die Grazer Messe und war auch eine der Haupteinnahmequellen damals des Grazer Sportklubs. Ich kann mich erinnern, ich war mit meiner Tochter damals dort und die hat mich gefragt, es war die jetzt schon 30-jährige Tochter, damals als kleines Mädchen, und die hat damals zu mir gesagt, ob das eine römische Ausgrabungsstätte ist, so hat das Ganze ausgesehen. Wir haben damals den Sportklub gebeten, diesen Platz aufzugeben. Wir haben ihnen eine Ersatzfläche gegeben, weil der Herr Präsident Kartnig mir damals auch als Liegenschaftsstadtrat die Gruabn angeboten hat und wir konnten dann den Sportverein übersiedeln und die Styria hat dort gebaut. Ich nehme an, dass das, was wir jetzt besprechen, auch nicht sonderlich stark in den Grazer Medien vorkommen wird. Aber wir haben es zumindest geschafft, so haben wir es uns vorgenommen, einmal für 10 Jahre diesen Platz umzugestalten, als Grünraum jetzt einmal wirklich den Menschen anzubieten und haben gleichzeitig auch in den Diskussionen eines hier auch immer festgelegt und das möchte ich voranstellen für diese Diskussion um Jakomini: Der Bezirk Jakomini ist so wie Lend und Gries ein benachteiligter Bezirk, wenn es um Grünflächen geht. Das ist historisch so, ich kann die Bezirke auch nicht aufblasen und irgendwelche Flächen dazuerfinden, sondern wir müssen schauen, dass wir Flächen bekommen und der Beschluss bei uns hat gelautet, und danach leben wir in der Liegenschaftsabteilung, vor allem auch Katharina Peer und das ganze Team, aber auch der Herr Stadtrat, der Bezirk Jakomini wurde zudem im Rahmen der Grünraumoffensive als Schwerpunktbezirk im Hinblick auf erforderliche Ankäufe gewählt, das heißt, wenn immer sich die Chance bietet, wird dort ein Grundstück gekauft und eingesetzt. Jetzt waren die fleißig und ich freue mich, dass ich dem Gemeinderat und auch Ihnen das jetzt präsentieren kann: Im Zuge der Baulandentwicklung hat die Stadt Graz am Dominikaner-Grund zwischen Hafnerriegel und Münzgrabengürtel bisher nicht öffentlich zugängliche Grünflächen langfristig

angepachtet, Sie wissen auch, mit dem gesamten Bauprojekt des Ordens haben wir in Summe jetzt dort 9.600 m² öffentlich zugänglichen Raum. Es sind 2.200 m² zusätzlich dazugekommen. Wir haben jetzt in Summe dort jetzt 9.600 m². Da gibt es neue Sport- und Parkflächen und diese werden auf Basis eines BürgerInnenbeteiligungsprozesses aus dem Jahr 18 neu gestaltet und für die BewohnerInnen mit Ende heurigen Jahres auch schon nutzbar sein. Ich glaube, das ist ganz wichtig, weil doch in einer näheren Umgebung. Weiters am Schulgelände des BORG Monsberger, die berühmte Hasenheide, wurde von der BIG eine Grünfläche im Ausmaß von rund 7.000 m² im Wege einer Pacht für 10 Jahre zur öffentlichen Nutzung angemietet. Die Flächen sind ab sofort verfügbar. Es ist bei der Hasenheide ein Grundstück mit 10.000 m² hinzugekommen. Ich weiß nicht in welchem Zustand sie sind, aber sie werden dann benutzbar sein. In der Flurgasse, im Anschluss an die Hasenheide, werden im Wege einer Grundabtretung Flächen im Ausmaß von 4.500 m² für die Errichtung einer Parkanlage und eines Radweges gesichert. Die Übernahme findet aller Voraussicht nach noch 2019 statt. In der Fröhlichgasse wird ein Poketpark, so nennt man den kleineren Park, in der Größe von 1.200 m² künftig den BewohnerInnen zur Verfügung gestellt werden können und das ist, wenn ich so sagen darf, sicherlich einer der schnellsten erreichbaren Plätze, wenn man von dem Styria-Park ausgeht. Wir haben noch etwas gemacht und werden damit auch demnächst in dann in den Gemeinderat kommen, Sie wissen, der Bertha-von-Suttner-Platz vis a vis vom Liebenauer Stadion, wo ja auch die Bauarbeiten jetzt schon für den Umbau der Garage und des Stadions begonnen haben, weil ja auch der Einspruch auch zurückgezogen wurde oder nicht mehr gilt. Wir haben jetzt mit der Baustelle beim Stadion angefangen. Vis a vis davon entsteht ja gerade ein großer Turm und eine große neue Liegenschaft. Ursprünglich als City-Gate bezeichnet und zwischen diesem neuen Gebäude und dem Stadion werden wir den Platz komplett erneuern und da haben wir auch in der Koalition nach der ersten Präsentation des Siegerentwurfes gesagt, nein, das hat nicht die Aufenthaltsqualität, die wir uns auch in einer Stadt wünschen, die auch heiße Sommer erlebt und aus diesem Grund haben wir dort so etwas wie einen Stadtwald auch jetzt in die Planung miteinbezogen. Wir wollen auch demnächst mit dem

Gemeinderatsstück dann in den Gemeinderat kommen und mit dem Bau möglichst zügig auch beginnen. Es ist ein komplettes Lichtkonzept, es ist eine komplette Neugestaltung des Bodens, aber, wie gesagt, auch sehr viel Grün und auch eine Art Parkanlage mit Spielflächen vorgesehen. Auch mit einem Brunnen, ich glaube, dass die Menschen, die jetzt rund um das Styria-Center zuhause sind, durchaus Möglichkeiten haben, jetzt eine Grünfläche zu erreichen.

Eber:

Danke für die Ausführungen. Es ist natürlich alles sehr positiv, natürlich auch aus unsere Sicht gesehen. Ich glaube dennoch, dass natürlich beispielsweise der Dominikanergrund halt fußläufig schon nicht ganz nahe ist, sagen wir es so, zum Styria-Park und für die Leute, die dort wohnen, aber natürlich ist es ein positiver Beitrag für den Bezirk insgesamt natürlich. Meine Frage zielt jetzt aber in eine andere Richtung ab, nämlich können Sie sagen, wie die weiteren Planungen oder konkrete Planungen jetzt für den Styria-Park mit der Übergabe und eventueller Bebauung schon aussehen bzw. würde mich natürlich interessieren die Kosten, die damit verbunden sind, jetzt wiederum für beispielsweise für diese Grünanlagen, die Sie da jetzt aufgezählt haben, wenn man sich ansieht, dass man jetzt auf der einen Seite bereits sicher über eine halbe Million Euro bezahlt haben für den Styria-Park an Miete jetzt allein und andererseits, wir kommen heute eh noch dazu, nicht einmal so viel Geld natürlich hereinkommt durch einen Grundstückstausch. Danke.

Dreisißner:

Vielen Dank Herr Bürgermeister, für die wiederholt schon durchgeführte Aufzählung von möglichen Grünflächen, Grünflächen, die in Aussicht stehen oder in Umsetzung sind. Das ist wichtig, dagegenhalten muss man natürlich auch, wenn man sich die Entwicklung von Graz gesamt bzw. eben auch gerade von Jakomini und Jakomini Nord ansieht, dass es ja auch einen ganz massiven Zuwachs an Bevölkerung gibt im Vergleich

zur damaligen Bestandserhebung der Grünflächen und der daraus resultierenden Defiziterhebung. Meine Frage zielt ab, es besteht ein Bebauungsplan, und das ist auch Teil der Stellungnahme, für den Bereich Styria und angeblich soll es zu einer Wohnbebauung kommen. Da wäre die Möglichkeit, eine Bebauungsplanänderung herbeizuführen seitens ihres Ressorts, Stadtplanung, und dementsprechend auch dort für eine halb-öffentliche oder öffentliche zusätzliche Grünfläche für die neuen und schon bestehenden BewohnerInnen zu sorgen. Ist das beabsichtigt, haben Sie da schon Planungen dazu? Vielen Dank.

Nagl:

Ich habe vorher auch noch vergessen zu erwähnen, weil es für den Bezirk Jakomini schon auch wichtig ist, dass die ehemalige Kirchnerkaserne, die jetzt seit kurzem geschlossen ist, eine Bebauung erfahren wird, aber wir damals auch in den Bebauungsplänen schon festgelegt haben, auch mit der Bundesimmobiliengesellschaft, die diese gemeinsam mit Partnern gekauft hat, dass wir dort natürlich auch die Grünflächen nicht nur zum großen Teil erhalten wollen, vor allem auch die Sportflächen, und dass wir die als Stadt Graz auch übernehmen werden, das ist auch zusätzlich für Jakomini, also Jakomini bekommt im Moment, wenn ich so sagen darf, mehr Grünraumangebote als Lend und Gries, da können wir das momentan schwerer anbieten, aber ich glaube, im Jakomini sind wir sehr fleißig und sehr gut unterwegs. Darüber hinaus möchte ich auch sagen, dass die Abteilung für Grünraum und Gewässer bestrebt ist, bei den Baulandentwicklungen die Strategien des Grünen Netzes, wie beispielsweise die Errichtung von Baumreihen entlang von Geh- und Radwegen, zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bestmöglich in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt und der Verkehrsplanung umzusetzen. Im Bereich des Bebauungsplanes Styria ist eine Radwegeverbindung von der Conrad-von-Hötzendorf-Straße zur oberen Bahnstraße und zum Schönaugürtel gesichert bzw. teilweise bereits errichtet worden. Das möchte ich hier auch noch anfügen. Jetzt komme ich auch noch zu dem Punkt, was hat die Styria jetzt gemacht, was hat das Unternehmen gemacht?

Sie haben aus meiner Sicht relativ früh den Vertrag aufgekündigt und ich wurde nur darüber informiert. Mir liegen bislang noch keine genauen Informationen vor, wer denn tatsächlich danach dieses Grundstück übernehmen soll, wer es entwickeln soll. Ich habe auch gehört, dass unter anderem auch Wohnungsgenossenschaften ein Interesse daran haben, aber ich denke mir, dass da noch nichts fix ist. Wir haben zumindest auch noch in keinster Weise ein Bauvorhaben bislang im Stadtplanungsbereich bekommen. Unter Umständen gelingt es vielleicht eines Tages doch auch noch, das Gebäude, das quasi gegenüber der Messe steht, miteinzubeziehen, dann könnte man noch großzügiger planen und dort etwas schaffen und vielleicht können wir auch im Rahmen eines Bebauungsplanes, aber dann werden wir uns eh gemeinsam darüber unterhalten, schauen, wie man die Aufenthaltsqualität derer, die dort arbeiten und wohnen werden, noch verbessern kann. Inwieweit man vielleicht höher baut und doch einige Freiräume frei lässt, aber das können wir dann im Zuge der Bebauungsplanung, wenn es so weit ist, machen. Im Moment habe ich nur von dieser Aufkündigung erfahren und ein paar Gerüchte. Aber ich kann Ihnen noch nicht fix sagen, dass hier ein Käufer schon genannt worden wäre, dass es zu einem Abschluss gekommen wäre, ich kann Ihnen auch nicht sagen, was da genau geplant wird. Ich hoffe, dass die dann bald zu uns kommen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.13 Uhr).

**7.8 Frage 7: Ausbau des Radweges Georgigasse – Abschnitt Schloßstraße zur
Baiernstraße
(GR Mogel, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GR Mogel:

Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Am 12.06.2018 hat mein Kollege Moser an Sie eine Anfrage betreffend den Ausbau des Radweges Georgigasse, zwischen der Schloßstraße und der Baiernstraße, gerichtet.

Nur, um das kurz einzuordnen, wir reden hier von einem Einzugsgebiet zweier großer Schulen: der ASKÖ Sportanlage und auch der Auster.

Sie haben im letzten Jahr dahingehend geantwortet, dass im Frühjahr dieses Jahres alle Planungen fertig sind und mit dem Umbau begonnen werden kann. Jetzt sind aber bislang keine Informationen noch nach außen gegangen, weder an den Bezirksrat noch an die Bevölkerung.

Daher meine

Frage:

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit dem Ausbau dieses für die Verkehrssicherheit sicher sehr wichtigen Projektes zu rechnen?

Originaltext der Frage:

Am 12.06.2018 hat mein Kollege, GR Mag. Rudolf Moser, an Sie eine Anfrage betreffend den Zeitpunkt des seit längerer Zeit geplanten Ausbaus des Radweges entlang der Baiernstraße zwischen der Schloßstraße und der Baiernstraße gerichtet. Wie bereits zum damaligen Zeitpunkt ausgeführt, befinden sich in der Georgigasse das GIBS und die Schulen der Grazer Schulschwestern mit insgesamt mehr als 1.600 Schülern. Zusätzlich wurden in der unmittelbaren Umgebung weitere Mehrfamilienhäuser errichtet. Auch die Auster und das ASKÖ-Stadion befinden sich in der Nähe.

In Ihrer Anfragebeantwortung haben Sie angeführt, dass die erforderlichen Verfahren und Umplanungen für Entwässerungen noch im Jahr 2018 abgeschlossen sein werden und eine Umsetzung für das Frühjahr 2019 geplant ist.

Da seither keine weiteren Informationen transportiert wurden, ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit dem Ausbau dieses für die Verkehrssicherheit wichtigen Projektes zu rechnen?

Kahr:

Danke, lieber Herr Gemeinderat Mogel, für die Anfrage. Alles richtig, was Sie gesagt haben. Was die Notwendigkeit betrifft, aber auch den damals genannten Zeitplan, das war die Information, die ich damals so bekommen habe. Es ist richtig, das Projekt ist genehmigt, die Grundstücke sind auch schon abgelöst, es ist alles abgeschlossen, aber wo es eine Fehleinschätzung gegeben hat, ist die Detailplanung bezüglich der Entwässerung, der Oberflächengewässer und auch des Baumschutzes in der Allee, das ist noch nicht abgeschlossen. Wenn das fertig ist, geht es, wie Sie wissen, an die straßenpolizeilichen Verhandlungen, da muss ausgeschrieben werden, dauert auch zwei Monate. Ich sage Ihnen jetzt bewusst nichts Definitives. Ich habe die Rückmeldung so bekommen, wenn es gut geht, können wir im Herbst anfangen, sollte das nicht gut gehen, ist es im Frühjahr nächsten Jahres. Entscheidend ist, denke ich, dass der Radweg kommt. Das Projekt ist ja auch für zwei Jahre angelegt. Insofern kann ich Ihnen vielleicht, wenn Sie mich da noch einmal fragen oder auch im Büro anrufen, wenn das gelöst ist mit den Oberflächengewässern und dem Baumschutz, dann ist die Zeitabfolge klar, dann kann man es auch definitiv sagen. Solange das nicht abgeschlossen ist, traue ich mich es Ihnen nicht definitiv zu sagen.

**7.9 Frage 8: Verbesserung der Barrierefreiheit am Schloßberg
(GRⁱⁿ Ribo, Grüne an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

Ribo:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, in meiner Frage geht es um die Verbesserung der Barrierefreiheit am Schloßberg. Sie haben das Kulturjahr angekündigt, 2020, und da wurde auch schnell die Info weitergegeben, dass es auch ein neues Museum auf dem Schloßberg geben wird. Die Begeisterung in Graz ist groß. Man freut sich auf diese neue Attraktion und die Berichterstattung ist auch eine sehr positive und um diesen Schwung, um dieses Positive auch zu nutzen, wäre das die Möglichkeit, dass man jetzt auch eventuell Anliegen angeht, die es schon länger gibt. Es geht um die Verbesserung der Barrierefreiheit und damit die Zugänglichkeit des Schloßbergs für alle.

Es ist so, bis heute ist die Spitze des Schloßbergs noch immer nicht für alle Personen erreichbar. Es gibt diesen Lift im Berg, da kommt man sehr gut zum Uhrturm. Dann gibt es die Schloßbergbahn, die auch super ist, natürlich. Ich möchte auch noch einmal betonen, dass die Stadt Graz, was Barrierefreiheit angeht, auf einem sehr guten Weg ist und dass da ganz viel gemacht wird, aber eben der Hackher-Löwe und der höchste Punkt ganz oben ist noch immer nicht barrierefrei. Wir wissen auch, dass wir einer Schloßbergliebhaberin es zu verdanken haben, dass wir eine bestimmte Geldsumme, gar keine kleine Geldsumme, gespendet bekommen haben. Mir ist auch klar, dass dieses Geld zweckgewidmet ist für die Pflege und den Erhalt des Schloßberges, aber dadurch erspart sich auch die Stadt Graz einiges an Geld, weil auch ohne diese Spende hätten wir natürlich den Schloßberg gepflegt. Es gibt auch den Leitfaden, dabei wäre der Kommunale Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, den könnte man nutzen und dieses neue Projekt eventuell angehen. Dort heißt es genau, dass ein weiterer Lift auf den Schloßberg super wäre im Sinne, dass auch die letzten 10 Meter gut erreichbar sind für Menschen, die eben gehbehindert sind, oder ältere Menschen und von der GBG gibt es auch die Rückmeldung, das ist auch in diesem Aktionsplan nachzulesen, dass das

technisch möglich ist. Natürlich alles in Zusammenarbeit bzw. mit Absprache mit dem Bundesdenkmalamt und mit unseren Behörden. Was jetzt wirklich letztendlich fehlt, das heißt, die finanziellen Mittel sind da, technisch ist es umsetzbar, es fehlt der politische Wille.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die notwendigen Schritte zu setzen, um einen barrierefreien Zugang für ältere und gehbehinderte Menschen mittels eines Lifts auf den höchsten Punkt des Schloßbergs zu ermöglichen, wie im Grazer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgeschlagen?

Originaltext der Frage:

Mit der Ankündigung des Kulturjahres 2020 wurde auch bekannt, dass es ein neues Museum auf dem Schloßberg geben wird. Die Begeisterung ist groß und viele GrazerInnen freuen sich auf eine neue Attraktion in unserer Stadt. Dies wäre aber auch eine Gelegenheit, Anliegen bezüglich des Schloßberges aufzugreifen, die es schon länger gibt. Eines dieser Anliegen ist die Verbesserung der Barrierefreiheit und damit die Zugänglichkeit des Schloßbergs für alle.

Bis heute ist die Spitze des Schloßbergs für ältere bzw. gehbehinderte Menschen leider nicht barrierefrei zugänglich. Mit dem Lift im Berg ist zwar der Uhrturm erreichbar und mit der Schloßbergbahn schafft man es zu den Kasematten, jedoch nicht weiter. Der Hackher-Löwe bzw. der höchste Punkt des Schloßberges mit seiner wunderschönen Aussicht ist nicht für alle Personen gleichermaßen zugänglich.

Die Stadt Graz hat von einer Gönnerin eine beträchtliche Summe für die Pflege und den Erhalt des Schloßbergs erhalten und erspart sich durch diese großzügige Zuwendung

einiges. Durch diese Ersparnis würde sich die Möglichkeit auftun, weitergehende Maßnahmen im Sinne der Barrierefreiheit am Schloßberg umzusetzen. Leitfaden dabei wäre der Kommunale Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Der Kommunale Aktionsplan der Stadt Graz schlägt vor, auf dem Schloßberg einen weiteren Lift zu errichten, damit auch die oberste Ebene für alle Menschen erreichbar wird (Höhe 10m). Zu diesem Vorhaben heißt es von Seiten der GBG: „Die behindertengerechte Erschließung der obersten Ebene auf dem Schloßberg mit einem Lift in der Nähe der Ausstiegs-Stelle der Schloßbergbahn kann technisch umgesetzt werden. Eine Errichtung im nördlichen Bereich des Innenhofes des Schloßberg-Restaurants ist unter anderem mit dem Bundes-Denkmalamt und den Behörden, die den Baubescheid erlassen, abzuklären.“

Für die Umsetzung dieses Projektes fehlt noch der politische Wille, die finanziellen Mittel wären ja durchaus vorhanden. Diese Chance, allen Menschen den Zugang zum höchsten Punkt des Schloßberges mit all seinen Schönheiten zu ermöglichen, sollte ergriffen werden.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die notwendigen Schritte zu setzen, um einen barrierefreien Zugang für ältere und gehbehinderte Menschen mittels eines Lifts auf den höchsten Punkt des Schloßbergs zu ermöglichen, wie im Grazer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgeschlagen?

StR. Dr. Riegler:

Frau Gemeinderätin Ribo, ihre Anfrage ist eigentlich ein wunderschönes Beispiel dafür, wie man das auch in der politischen Bildung abhandeln könnte das ganze Thema. Denn

das Interessante ist, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von den Grünen sprechen sich für Barrierefreiheit aus. Interessanterweise stimmen Sie aber und machen Stimmung gegen die Erschließung, gegen die barrierefreie Erschließung des Plabutsch. Denn gerade dorthin kommt man eigentlich nur entweder mit dem Auto oder eben zu Fuß oder mit dem Fahrrad, aber eben nicht barrierefrei. Sie sagen, Sie sind für die barrierefreie Erschließung, haben sich aber in der Person der Frau Pavlovec-Meixner gerade unlängst erst bei dem Schloßbergmuseum dagegen ausgesprochen, dass man eine barrierefreie Erschließung der Stallbastei zulässt.

Letzterdings, und das ist ja eigentlich die echte Pointe, vor vielen Jahren, im Jahr 1999, hat Ihr Kollege, Herrmann Candussi, wer sich noch erinnert, eines der Urgesteine der Grünen Alternativen Liste Graz, genau in der Frage einer Aufstiegshilfe, nämlich einer barrierefreien Erschließung des Uhrturms, es ging um die Frage des Uhrturmlifts, gesagt: „Mein Vorschlag wäre deshalb im Ausschuss der, das Stück zurückzustellen, die behindertengerechte Erschließung abzustellen und damit auch den Termin von der Landesausstellung nicht zu gefährden.“ Sie können nachher dann die Kopie dieses Protokollauszuges haben von der Gemeinderatssitzung vom 15. April 1999. Das heißt, da spricht ihr euch eigentlich gegen die barrierefreie Erschließung des Uhrturms aus.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Das stimmt nicht.

Riegler: Ich möchte aber doch auch ganz ernsthaft einiges dazu sagen inhaltlich. Die prinzipielle technische Machbarkeit wurde schon geprüft, ist auch positiv. Es gibt aber noch kein konkretes Projekt, was die Erschließung des Plateaus und des Hackher-Löwens betrifft. Es ist neben der technischen Seite natürlich noch eine umfangreiche Abklärung erforderlich. Denkmalschutz, ASVK und Naturschutz und natürlich das Bauverfahren selbst. Wir werden uns das sehr genau ansehen und glauben Sie mir, natürlich ist es uns ein großes Anliegen, für Barrierefreiheit zu kämpfen. Daher

nehmen Sie unsere Hand und gehen Sie mit uns gemeinsam auch auf einen positiven Weg zur barrierefreien Erschließung des Plabutsch.

Ribo:

Ich finde es super, wie Sie jetzt irgendwie vom Schloßberg auf den Plabutsch kommen, aber das Gleiche könnte ich jetzt auch entgegenfragen.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffl-Percevic**: Ist nicht so weit weg, 2 km Luftlinie.*

Ribo: Sowohl der Vizebürgermeister als auch der Bürgermeister haben sich vor kurzem für Barrierefreiheit ausgesprochen, was für den Plabutsch gilt, müsste für den Schloßberg auch gelten. Das ist die Gegenfrage und was 99 war, da war ich gerade einmal 7 Jahre in Österreich, erstens, und zweitens ich kann ja mal, die ÖVP hat sehr oft ihre Meinung geändert, Frauenquote, Kopfverbot, da gibt es eine lange Liste. Das ist nicht einmal zwei, drei Jahre ...

*Zwischenruf GR **Haberler**: Kopfverbot, das haben wir nicht!*

Ribo: Kopfverbot bei der Werbung. Ihr wisst schon, wovon ich rede. Da gibt es eine Liste, da waren Sie sogar in der Regierung, Herr Bürgermeister, das ist jetzt nicht so lange her, aber ich bin froh, wenn wirklich eben das aufgenommen wird, wenn man da zusammen etwas schaffen könnte und wie gesagt, ich finde es einfach, dass man den positiven Schwung oder die positive Geschichte jetzt, die unserm Schloßberg passiert, nutzen sollte und es gemeinsam angehen kann.

Nagl:

Keine Zusatzfrage. Frau Gemeinderätin, nachdem ich ja viele Duelle hier im Gemeinderat hatte, verbale, in puncto Erschließung des Schlossbergs. Ich kann ja nur sagen, was die grüne Fraktion damals aufgeführt hat, weil ich mir erlaubt habe als Stadtrat vorzuschlagen, dass wir einen Lift im Schloßberg bauen, um überhaupt bis zum Uhrturm zu kommen. Das können Sie sich gar nicht vorstellen. Wir sind einmal dank dieses Projekts super beim Uhrturm und bei Aiola angekommen. Wir haben das Plateau wunderbar oben gestaltet. Das ist ein legitimer Wunsch, aber den Plabutsch, den man vom Schloßberg aus so gut sieht, einen so großen Naturraum den Menschen vorzuenthalten, dazu braucht man dann eine gute angenehme Aufstiegsmöglichkeit. Deswegen kämpfen wir ja so dafür, weil behinderte Menschen auf den Plabutsch einmal kommen sollen. Das ist im Moment nur mit dem Auto möglich. Das möchte ich schon dazusagen. Seid ihr dann für das Auto? Für den Autoverkehr auf den Plabutsch, dafür sprecht ihr euch dann aus. Aber dazu kommen wir ja dann noch. Aber das ist wichtig, weil man muss sich die Frage stellen. Jetzt lassen wir das aber wieder. Zur Berichtigung, zur tatsächlichen, hat sich die Frau Gemeinderätin Pavlovec-Meixner gemeldet.

Pavlovec-Meixner zur tatsächlichen Berichtigung:

Herr Stadtrat, es ist nicht wahr, dass ich mich gegen den Lift ausgesprochen habe in der Kanonen-Bastei. Meine einzige Forderung war, dass man diese Terrakotten erhält. Es hat gestern auch ein Gespräch dazu gegeben mit dem Herrn Dr. Hochreiter und wir haben das mittlerweile geklärt und ich möchte Sie wirklich bitten, diese Behauptung, dass ich gegen diesen Lift wäre, nicht mehr auszusprechen.

Ende der Fragestunde um 13.25 Uhr.